

Lieferando entlässt Hunderte: Diese Abfindungen erwarten die Fahrer!

Lieferando entlässt 100 Angestellte, wechselt zu freien Dienstnehmern und bietet finanzielle Unterstützung. Sozialplan bis 20. Mai verfügbar.



Wien, Österreich - Lieferando befindet sich in einer massiven Umstrukturierungsphase, die die Entlassung von rund hundert Angestellten zur Folge hat. Das Unternehmen plant, seine derzeitigen festen Arbeitsverhältnisse in freie Dienstnehmer umzuwandeln. Vor dieser Umstellung lag die Zahl der Beschäftigten in der Lieferflotte bei ungefähr 850 Zustellern. Berichten von **Kosmo** zufolge, wird den betroffenen Mitarbeitern finanzielle Unterstützung angeboten. Diese umfasst freiwillige Abfindungen und andere Hilfsmaßnahmen im Umfang von insgesamt etwa 1,7 Millionen Euro.

Ein Teil dieser Summe, konkret 400.000 Euro, wird in einen speziellen Härtefallfonds investiert. Bis zum 20. Mai haben die

Fahrer die Möglichkeit, dem Sozialplan zuzustimmen, wobei bereits 90 Prozent der Berechtigten dies getan haben. Laut **Kleine Zeitung** müssen auch Mitarbeiter mit längeren Kündigungsfristen spätestens im August das Unternehmen verlassen.

Gründe für den Strategiewechsel

Der Entschluss von Lieferando, diese drastischen Schritte zu gehen, wird durch den wirtschaftlichen Druck von Wettbewerbern wie Foodora und Wolt begründet. Zudem hat sich die Personalpolitik des Unternehmens in diesem Frühjahr aufgrund gestiegener Anforderungen geändert. Während bereits ein Viertel der Zustellungen durch freie Dienstnehmer erfolgt, erwartet man einen Anstieg der Nachfrage nach Fahrern von 35 bis 50 Prozent.

Das Unternehmen sucht derzeit aktiv nach neuen freiberuflichen Zustellern in Städten wie Graz, Klagenfurt, Linz, Innsbruck und Salzburg. Dennoch gibt es intern erheblichen Unmut. Betriebsrat Andreas Zechner beschreibt die allgemeine Stimmung als „miserabel“, was die Kündigungen betrifft. Die Verunsicherung unter den Mitarbeitern ist spürbar, was sich auch in einer Protestdemonstration am 1. April in Wien gegen die Kündigungen niederschlug.

Regulatorischer Kontext

Die regulatorische Landschaft für Plattformarbeit steht ebenfalls im Fokus, insbesondere im Hinblick auf die neuen EU-Richtlinien zur Regulierung von Arbeitsverhältnissen in diesem Sektor. Im Februar wurde im Europäischen Parlament eine Richtlinie verabschiedet, die darauf abzielt, Scheinselbstständigkeit zu bekämpfen und den Einsatz von Algorithmen am Arbeitsplatz zu regulieren. Diese Richtlinie, die mit 554 Ja-Stimmen angenommen wurde, fordert, dass Plattformen nachweisen müssen, wenn kein Arbeitsverhältnis besteht, und dass wichtige Entscheidungen menschlich überwacht werden müssen.

Arbeits- und Sozialministerin Korinna Schumann hat angekündigt, dem Thema Plattformarbeit und Scheinselbstständigkeit künftig mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Dies könnte bedeuten, dass nationale Gesetze zur Umsetzung der EU-Richtlinien noch ein Jahr auf sich warten lassen, um den Beschäftigungsstatus von Plattformarbeitern zu klären und für fairere Arbeitsbedingungen zu sorgen. Laut **Europarlament** könnten durch diese Regelungen bis zu 40 Millionen Plattformbeschäftigte innerhalb der EU von besseren Arbeitsbedingungen profitieren.

Details	
Vorfall	Stellenabbau
Ursache	wirtschaftlicher Druck
Ort	Wien, Österreich
Schaden in €	1700000
Quellen	• www.kosmo.at • www.kleinezeitung.at • www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at